

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu.

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[1] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.

Deutscher Bauernverband



Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Hauptsitz	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro EU	B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51
Webadresse	www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Subventionierung der Landwirtschaft	2
1.2 Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	2
1.3 Deutschland	2
1.4 Brüssel	3
2 Führende Netzwerker der Agrarlobby mit DBV-Bezug	4
2.1 Franz-Josef Holzenkamp	4
3 Fallbeispiele und Kritik	4
3.1 2023: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	4
3.2 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	5
3.3 2018: Ablehnung der Lebensmittellampel	5

4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	5
4.1 Präsidium	5
4.2 Präsident	5
4.3 Generalsekretär	6
4.4 Fachausschüsse	6
5 Weiterführende Informationen	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
7 Einzelnachweise	6

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionierung der Landwirtschaft

Die Lobbarbeit ist auch wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[2] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[3] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[4] Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[5] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängt, gescheitert.^[6] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[7]

Deutschland

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der [CDU](#), steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der

Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[8] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinhaltungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. Der DBV ist Mitglied des **Forum Moderne Landwirtschaft**, dem auch Glyphosat-Hersteller angehören; DBV-Präsident **Joachim Rukwied** ist Vorstandsvorsitzender des Forums.^{[9][10]}

Der CDU-Politiker Hermann Färber, Geschäftsführender Gesellschafter des landwirtschaftlichen Betriebs Hermann Färber GbR, Böhmenkirch/Landkreis Göppingen, hat als Vorsitzender im „Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ des Deutschen Bundestags großen Einfluss auf die Ausgestaltung der Agrarpolitik. Färber hat bzw. hatte folgende Verbindungen zu Organisationen des Bauernverbands^[11]

- Kreisbauernverband Göppingen: Bis 12.04. 2022 Vorstandsvorsitzender, danach Ehrenvorsitzender
- Landesbauernverband Baden-Württemberg: Bis 12.04. 2022 Mitglied des Vorstands, bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands. Aktuell: Ehrenamtliches Mitglied des Beirats

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitag ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[12] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitagen der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 02.08.2023).

- im Jahr 2022 3.820.001 bis 3.830.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 31 bis 40 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[13]

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben.^[14] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim **Europäischen Parlament** akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der **EU-Kommission** teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf.^[15] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband **COPA**, dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Führende Netzwerker der Agrarlobby mit DBV-Bezug

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e. V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.^[16] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Auch Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[8] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2023: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law ^[17]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen.^[18]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[19], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in

Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[20]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[21]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt. ^[22]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab. ^[23] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert. ^[24]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der Deutsche Raiffeisenverband und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an. Assoziierte Mitglieder sind Verbände und Institutionen, die über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen.

Präsident

Präsident **Joachim Rukwied**, selbständiger Landwirt und Weinbauer, ist außerdem (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.

- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.
- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V.
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH
- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: [\[25\]](#)[\[26\]](#)

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024). [\[27\]](#)

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Ausschusses für Schweinefleisch ist Johannes Röring.

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. [↑ Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
2. [↑ Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
3. [↑ So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024

4. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
5. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
7. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024
8. ↑ ^{8,08,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
9. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), gruene-passau.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
10. ↑ [Über Uns](#), moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 15.11.2023
11. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
12. ↑ [DBV bei Parteitagen](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
13. ↑ [Deutscher Bauernverband](#), lobbyregister.de vom 02.08.2023, abgerufen am 08.01.2024
14. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
15. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), Transparenz-Register, abgerufen am 08.01.2024
16. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
17. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023
18. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
19. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
20. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#) , abgerufen am 30.06.2023
21. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
22. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.02.2023
23. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern](#), bauernverband.de vom 18.06.2018, abgerufen am 11.01.2024
24. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel](#), topagrar.com vom 19.06.2018, abgerufen am 25.07.2018
25. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht](#), suedzuckergroup.com, abgerufen am 14.11.2023
26. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 14.11.2023
27. ↑ [Geschäftsstelle](#), bauernverband.de, abgerufen am 08.01.2024